

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 248 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

Morgenspreis: Die halbe und vollständige Ausgabe monatlich 1.66, vierteljährlich 4.80, halbjährlich 9.00, jährlich 16.00. Postzusatz 0.20. Adressänderung 0.20. **Morgen-Ausgabe** Sonnabend, 4. Juni. Anzeigenpreis: Die Spalte 20 mm breit und 10 mm hoch 10 A. Die Spalte 30 mm breit und 10 mm hoch 15 A. Kleinanzeigen 10 A. **Geldwechsel:** Berlin: Hamburger Str. 80. Fernruf Amt Kurierh. 12. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Rudolf von Otto (Hilke, Halle-Saal).

Die wankende Reichsregierung

Das deutschnationale Mißtrauensvotum — Vor Auflösung des Reichstages und Sturz des Kabinetts Wirth?

Deutschnationales Mißtrauensvotum

Die Deutschnationale Volkspartei im Reichstag hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag verweigert der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.

Reichstagsauflösung und Regierungskrise

Wichtig hat sich eine Forderung für die Vertrauenskommission im Reichstages, der auch Unabhängige und Deutsche Volkspartei zuhören werden, nicht finden lassen. In der Deutschen Volkspartei hat die Stimmung überaus gegen jegliche Form, die ein tatsächliches Vertrauen einfließen und über die Gewissheit eines Parteizusammenbruchs. Man hat sich die Demokraten voran, auf die Volkspartei zu setzen, indem sie mit dem Antritt ihrer Minister aus dem Kabinett und ihrer Auflösung des Reichstages zu erwarten, die sich wohl erweisen würde, wenn die Regierung bei der Auflösung im Reichstages nicht sich selbst, eine Auflösung der Situation zu vermeiden und die Deutsche Volkspartei für eine allgemeine gewählte Vertrauenskommission zu gewinnen. D: Sozialdemokratische Partei unter der Führung des

Reichstages, der die D: zur Auflösung und zu Vertrauenskommissionen möchte, weil er der Meinung ist, ausserordentlich gute Geschäfte dabei zu machen. Der Sozialdemokrat ist überhaupt nicht allzu wohl bei dem Gedanken an die Reichstagsauflösung, die sie aus der Unterherrschaft unter das Mikroskop auf freierlicher und logischer Gebiet als Regierungspartei auf sich nehmen möchte. Ausserordentlich ist die Lage so, daß ein Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth mit Sicherheit nur die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen erhalten würde. Die Deutsche Volkspartei wird sich, wie die Dinge ausgeht liegen, zusammenschließen in der Reichstags ihre Mitglieder der Stimme enthalten, während die Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum eingebracht haben.

Zu der Krisenfrage drückt unser Berliner Mitarbeiter: Im Reichstag ist heute unerkennbar eine Krise entstanden, deren Auswirkung man noch nicht klar übersehen kann. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß sie sich zu einer Krise im Reichs-Kabinett ausweiten und zu Revolutionen führen würde. Es ist heute durch die Verhandlungen der Deutschnationalen Parteiführer, der Senatoren V. erlobt, bekannt geworden, daß die deutschnationale Partei bei der Reichstagsauflösung nicht mit der Reichsregierung zusammenhängen wird, sondern sich für die Reichsregierung in der Reichstagsauflösung abspalten wird.

Reichstagsauflösung und Regierungskrise. Die Reichstagsauflösung wird die Reichsregierung in der Reichstagsauflösung abspalten wird. Die Reichstagsauflösung wird die Reichsregierung in der Reichstagsauflösung abspalten wird.

Die Unterdrückung des Deutschtums in Slowenien

Die das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Schutz der Minderheiten in den von der Entente ins Leben gerufenen Staatengebieten ausüben, davon bringt jede Nachricht aus diesen Gebieten neue Kunde. Allenfalls heißt es: Für Deutsche gibt es überhaupt kein Recht, sie verurteilt man überall rücksichtslos zu unterdrücken. So geht es auch in Slowenien zu, trotzdem die Land seine Kultur doch lediglich den Deutschen verbannt und diese dort, in Krain und dem südl. Teil von Steiermark, den aber ins vertrieben. Teil der Bevölkerung ausmachen. So wird aus jenen Gebieten geschrieben:

Die Verhältnisse im slowenischen Gebiete gestalten sich für die Deutschen immer trostloser. Die Regierung hat in der letzten Zeit wieder mehrere von den wenigen deutschen Vereinen, die noch bestanden haben, ohne jeden Grund aufgelöst, so den Marburger Bergverein, den Krainischen Lehrverein in Laibach, den Männergesangsverein in Ptuj, den Bettauer Musikverein, die Freiwillige Feuerwehr in Mariberg und den Athletikklub in Sobotnja. Alle diese Vereine wurden in der Aufhängerklärung als Staatsgefährlich bezeichnet, staatsgefährlich ist im slowenischen Gebiete jeder Verein, der nach seinen Satzungen als deutscher Verein anerkannt ist oder dem der Staat nach den deutschen Mitgliedern angehört. Die Wohnungskommissionen, die zur Behebung der Wohnungsnot eingesetzt sind, gehen namentlich in Untersteiermark mit der größten Willkür vor und werfen Hunderte von Deutschösterreichern und einheimischen Deutschen auf die Straße. Der Marburger Großaufmann K., der in Marburg mehrere Häuser besitzt, wurde gewaltsam aus seiner Wohnung entfernt und muß im Gasthof wohnen. Einen alten Mann wurde die Wohnung weggenommen, trotzdem dessen Frau schwer krank darniederlag. Seine Frau wurde mit dem Vertrauen gegeben, wo sie Wohnung gesucht und nach Klagenfeld gebracht, wo sie alsbald starb, dem Mann wurde jedoch um der Bewahrung der Krone aufzugeben, der Auslandspost, den er benötigte, um zum Reichenbegründer seiner Frau zu fahren, verweigert. Mehrere Personen sind durch die ungerechtfertigte Ausweisung aus ihren Wohnungen zum Selbstmord getrieben worden. Das Wahlrecht wird den Deutschen vorenthalten. Bei den Konstituentswahlen gebrauchte man die Anrede, daß sie wegen der noch nicht abgelaufenen Optionsfrist zur Wahl nicht zugelassen werden können, bei den Gemeindevahlen, die in den autonomen Städten am 28. April stattfanden, brachte man sie jedoch dadurch zum Wahlrecht, daß man ihre Wahlen auf Grund der Wahllisten, die für die Konstituentswahlen verwendet worden waren, durchführte. So kam es, daß die Deutschen selbst dort, wo sie bisher in großer Mehrheit waren, wie in Marburg, Gills, Pettau und Gostjice, künftig in der Gemeindevahlen unterdrückt sein werden. Auch bei der Volksabstimmung, die Ende Jänner stattfand, ist man, um nur möglich, zum Nachteil der Deutschen vorgegangen, die gleich zum Tausendten verdrängt gemacht wurden. Alle diese Maßnahmen stehen in offenem Widerspruch zu den Bestimmungen des Vertrages, den die slowenische Staat im Anschluss an den Friedensvertrag mit den Alliierten des Weltkrieges in Bezug auf den Selbstbestimmungsrecht abgeschlossen hat und der wirklich übereinstimmend mit den Bestimmungen der Deutschösterreich in dieser Hinsicht eingehen mußte. Das Verhalten der slowenischen Behörden, die von der Reichsregierung anerkennend vollkommene Freiheit eingeräumt erhalten, den Deutschen entgegen, was ihnen befehlt, ist derart empörend, daß man darüber nicht mehr zur Tagesordnung übergehen kann. Vor allem sind die Deutschen in Deutschösterreich und ihre Abgeordneten berufen, sich der bedrängten Volksgenossen im slowenischen Gebiete anzunehmen, und es müßte die Wiener Regierung doch endlich vernünftig werden, wegen der Unterdrückung der Deutschen in Untersteiermark und Krain bei der Reichsregierung, über denn das nichts helfen sollte, beim Völkerbund entsprechende Schritte zu unternehmen.

Deutscher Reichstag

v. Berlin, 3. Juni.

Quatsch und Lärmsache sind bei Beginn der Sitzung nur schwach

Das Haus erlebte zunächst einige Anfragen. Auf eine Anfrage des unabhängigen Abgeordneten Hermann wegen der Ausübung des Wahlrechts in Ostpreußen wurde mitgeteilt, das Ergebnis der Untersuchung ist noch nicht fest.

Zu der Besprechung der Regierungserklärung ist noch ein Antrag Herzog (Deutschn.)

Mißtrauen gegen die Regierung

Der Reichstagsminister Schiffer betont, die Ausnahmegerichte seien an und für sich etwas unerwünschtes und müßten beschwinden, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben seien. Ein großer Teil der Ausnahmegerichte habe bereits aufgehoben werden können. Ein weiterer Teil solle nun aufgehoben werden. Nur sechs sollen auf weiteres bestehen bleiben, darunter Berlin, Galle, Weeslau und Naumburg. Mehrere polenmäßig zum Schutz gegen die kommunistische Partei, die durch ihre gesungen Reden und durch ihre fortgesetzten Verhörungen und Verhaftungen sowohl die Anarchie verdrängen wie auch die völlige Auflösung der Sondergerichte.

Abg. Stresemann (D. Wp.) stimmt den Ausführungen des Ministers Schiffer zu. Den Verhörungen müßte Lagermacht werden, daß die Strafe nicht immer von einer Anrede abgesehen werde. Mehrere geht jedoch auf die Rede des Reichstagsministers ein. Die Beschränkung der Polizei im Interesse der öffentlichen Ausübung des Verordnungsrechtes ist wohl der schärfste Eingriff in die innere Freiheit eines Staates. Auch das Verbot der Aufhängerklärung ist eine unerhörte Beschränkung. Die Differenzen, die noch in der Frage der Entlassung mit Bayern bestehen, werden sich in aller Reichstagsversammlung lösen lassen, die Bayern sich befindet hat. Das Verbot der Organisationsform ist ein Eingriff in die Vereinsfreiheit. Für die Kantons sind mit der Unterzeichnung die Voraussetzungen fortzuführen. Der Reichstagsminister und der Reichstagsminister werden sich in einer unzufriedenen Weise einig sein. Wenn Frankreich an den Kantonsfreiheit, so sei Deutschlands Haltung vorgezeichnet. Dazu komme Briand's Stellung in der obersten Frage. Es müßten Erwägungen darüber angestellt werden, daß ein Land, die ihm auferlegten Opfer nicht bringen kann, wenn man ihm ein so wichtiges Gleich wie Oberlieferung nimmt. Mehrere polenmäßig jedoch gegen die Organisationsform. Diese Abgabe sei nur als eine Indifferenz anzusehen und könne durch jede andere Abgabe ersetzt werden. Vor warum nehme das Kabinett die Gesamtproduktion als Basis? Die Gesamtproduktion befände sich in einer unzufriedenen Lage, da sie aus den Erklärungen der Regierung sich kein Bild machen könne. Mehrere bedauert, daß nicht noch mehr solche Worte wie Rathenau dem Kabinett angehört. Aber die Schöpfung der Republik und Normalisierung seien wohl nicht anzunehmen, denn diese liegen sich doch nicht auf die zahlreichen anderen Bedenken annehmen. Die in Spezialkommissionen sein. Die Lösung der Regierung solle hier schwere Gefahren für die

In sachlicher Opposition zur Regierung,

werden aber auch nur in sachlicher Form zu den einschlägigen Fragen Stellung nehmen. Abg. Petersen (Dem.): Nachdem wir unterzeichnet haben, haben wir die Möglichkeit, die Möglichkeit, unter Wort einzutreten. Um aus unserer sachlichen Lage herauszukommen, ist nötig, daß wir unsere Regierung auf eine möglichst breite Grundlage stellen und alle Parteigenossen unterstützen. Unsere Basis kann sich nicht ohne eine Anleihe im Auslandem. Eine solche ist aber nur möglich, wenn ungetragenes Vertrauen im Ausland zu unserer Regierung besteht. Die Rede des Herrn v. Braun sei eine schwere Enttäuschung gewesen. Seine antiemittente Äußerung lasse ihn als gänzlich ungeeignet für die deutsche Wirtschaftskammer erscheinen. Mehrere legt sich dann mit den Unabhängigen auseinander, die solange sie nicht den Willen zur gemeinsamen Arbeit mit allen übrigen Parteien haben und nur für sich selbst Vorteile zu suchen bestreben, wie auf sie nicht zu freudiger Arbeit rechnen können. Die Sozialdemokraten begrüßen Mehrere als Mitarbeiter und bedauern, daß die Regierung nicht bereit sei, die Regierung unterstützen zu lassen, müßte sie auch ihre Kräfte dazu hergeben. Solch ein Vorschlag würde eine Regierungsbasis ergeben, die auf Jahre hinaus zu erwidern sein würde. Die getrigge Rede des Abg. Wels ist höchst bedauerlich gewesen, indem sie auf neue die Klagen gegen die Regierung habe, statt zur Sammlung zu machen. Wir müßten aus der Notlage, heraus aus dem Reichsministerium. Wir könnten die Zukunft nur aufbauen, wenn alle Parteigenossen zurückgeführt werden.

Reichstagsminister (Dem.): Das Haus leert sich bis auf wenige Abgeordnete. Wir würden es begrüßen, wenn die Regierung den Reichstag auseinanderbrachte und an die Massen appellierte. Die Reichstagsopposition entpringt nur dem Konfliktklampf um Ministerinteressen. Darin wird alle einig von der äußeren Welt. Neben bis zu den Unabhängigen. Mehrere kritisiert jedoch die neuen Minister, die eine andere Seite an ihre Stelle zu setzen. Die technische Durchführung der Auszahlung sei eine Vorbereitung voraus. Abhandlung wird mit der Auszahlung begonnen werden. Ich bitte um die tatkräftige Mitwirkung des Reichstagsministers.

Abg. Wels (Dem.): Das Haus leert sich bis auf wenige Abgeordnete. Wir würden es begrüßen, wenn die Regierung den Reichstag auseinanderbrachte und an die Massen appellierte. Die Reichstagsopposition entpringt nur dem Konfliktklampf um Ministerinteressen. Darin wird alle einig von der äußeren Welt. Neben bis zu den Unabhängigen. Mehrere kritisiert jedoch die neuen Minister, die eine andere Seite an ihre Stelle zu setzen. Die technische Durchführung der Auszahlung sei eine Vorbereitung voraus. Abhandlung wird mit der Auszahlung begonnen werden. Ich bitte um die tatkräftige Mitwirkung des Reichstagsministers.

